



Dr. Petra Bransch vom Kommunalpolitischen Forum und Minka Dott stießen eine interessante Debatte an.

Foto: Edith Karge

Mischt euch ein!

Die Linke als Bürgerrechtspartei

Im Arbeitspapier des neuen Bezirksvorstandes DIE LINKE Treptow-Köpenick steht folgender Satz zu lesen:

„Der inzwischen mangelnden Verankerung in zivilgesellschaftlichen Strukturen gilt es durch verstärkte Vernetzung der Akteure, durch konkrete Unterstützung und Hilfeangebote, durch verstärkte Einbeziehung von Aktiven in unsere Arbeit und nicht zuletzt durch höhere Attraktivität und Konkretheit unserer Politikangebote schrittweise zu begegnen.“ „Hutträgerin“ für diesen Aufgabenbereich ist im Bezirksvorstand Minka Dott, die zu einer Veranstaltung in die Alte Schule in der Adlershofer Dörpfeldstraße eingeladen hatte, um sich mit Vertretern von Vereinen, Verbänden, Initiativen über praktikable Strukturen, Inhalten und Methoden zu verständigen und, so Dott „mit guten Ideen die Dinge auf den Weg zu bringen“. Auch wenn das Motto der Veranstaltung etwas sperrig klang, es ging letztlich genau um eine neue Verankerung der Linkspartei im bürgerschaftlichen Engagement und dessen Strukturen Dr. Petra Bransch vom Kommunalpolitischen Forum verwies zunächst darauf, dass die Berliner Kommunalverfassung mit ihren Möglichkeiten für direkte Bürgerbeteiligung (z.B. Volksbegehren) zu den modernsten in der BRD gehört, deshalb ihr Aufruf: „Mischt euch ein, stellt Forderungen, hinterfragt, nehmt Eure Rechte wahr“. Solches Einmischen ist durchaus unbequem

und, so Bransch, „es bedeutet für Kommunalpolitiker auch immer, Macht abzugeben – egal, von welcher Partei sie sind“. Dass das durchaus zu Problemen führt, davon konnten die Anwesenden Vertreter solcher „Einmischer“ mehrere Lieder singen. Die gingen vom Bürgerhaushalt bis zu geschlossenen Friedhofstoren. Und natürlich stellten sie an die Mandatsträger der Linkspartei besonders hohe Anforderungen. Sie seien zu wenig auf die Interessenvertretungen der Bürgerinnen und Bürger zugegangen. Uwe Doering, einer der beiden Linksparteiabgeordneten für den Bezirk Treptow-Köpenick im Abgeordnetenhaus, sah die Zusammenarbeit nicht als solche Einbahnstraße, stellte aber klar, dass gerade die Linkspartei solche Elemente der Bürgerbeteiligung wollte und nun auch souverän damit umgehen muss. „Wir müssen in solche Initiativen hineingehen und uns den inhaltlichen Debatten dort stellen“, war sein Fazit. Dass Rechenschaftslegung eine Form sein kann, Transparenz Kommunalpolitischer Prozesse zu erreichen, war eine weitere Überlegung - die Stadträte der Linkspartei sollten beginnen damit.

Reichlich Stoff für weitere Debatten, Vorbehalte noch immer auf beiden Seiten, aber auch die Aussicht, mit kontinuierlicher Arbeit dem Anspruch des Arbeitspapiers näher zu kommen.

Edith Karge

Fest auf der Straße

Sonnabend, 1. Dezember 2007,
10.30 Uhr, Kreuzung Sterndamm /
Ecke Groß-Berliner Damm
Aktuelle Infos unter: www.mbr-berlin.de
und in der aktuellen Presse

**Wir sind mehr!
Wir sind bunter!
Wir sind lauter!**



Liebe Bürgerinnen und
Bürger von Treptow Köpenick,
liebe Berlinerinnen und Berliner,

unser Bezirk steht für ein tolerantes und friedliebendes Miteinander, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt.

Am 1. Dezember 2007 wollen rechtsextreme Kräfte von der NPD bis zum aktionsorientierten Spektrum der Kameradschaften unseren Bezirk erneut mit einem Aufmarsch für ihre undemokratischen Zwecke und dumpfen Parolen missbrauchen.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus des Bezirkes Treptow-Köpenick und mit ihm viele engagierte Initiativen, sowie die demokratischen Parteien finden es unerträglich, dass unser Bezirk immer wieder zum Aktionsfeld von Rechtsextremisten wird.

Wir wollen zeigen, dass die Verbreitung von rassistischer Propaganda und demokratiefeindlicher Ideologie nicht geduldet wird. Zeigen Sie durch Ihre Teilnahme an unserem Fest auf der Straße, dass wir gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Gewalt stehen!

Kein Platz für Nazis!

Bündnis für Demokratie und Toleranz
Schirmherrin Gabriele Schöttler,
Bezirksbürgermeisterin

IN DIESER AUSGABE

- Seite 3:** Auszeichnung für das Gebrüder-Montgolfier-Gymnasium
- Seite 5:** Nalepastraße - Taktieren auf Kosten der Bürger
- Seite 7:** Zum 9. November: Sie haben ein Gesicht.

Wir wollen ein Klima des Miteinanders

Schulprojekt am Ellernweg nimmt Gestalt an



AUS DEM AMT

An den Standorten Ellernweg 20 und 22 entsteht derzeit einer der bedeutendsten Schulstandorte des Bezirkes. Mit der Schulentwicklungsplanung hatte sich in den Wahlperioden 2001 bis 2006 das Bezirksamt entschlossen hier eines der größten Schulumbauprojekte der letzten und sicher auch der nächsten Jahre zu beginnen. Das Land Berlin wird mit Beschlussfassung der Investitionsplanung 2007 bis 2011 hier ca. 8,8 Mio. Euro investieren.

Investitionen in solchen Größenordnungen und mit solchen Inhalten müssen in Berlin besonders sorgfältig und natürlich mit der entsprechenden Sorgfalt vorbereitet und durchgeführt werden. Die durch den Senat beschlossene Investitionsplanung sieht vor, diese 8,8 Mio. Euro in Jahresraten bis 2011

gestreckt dem Bezirk zur Verfügung zu stellen.

Nun könnte man, so es der Schulbetrieb ermöglicht und ausreichend Kapazitäten zur zeitweiligen Verlagerung der Schule vorhanden sind, „in Ruhe“ bauen. Da aber die Schulleitung, die Lehrer und natürlich die Schüler so schnell wie möglich an ihre Schule zurückkehren wollen, verbindet alle der Wunsch nach Optimierung der Bauzeiten und Abläufe.

Unser gemeinsames Ziel ist es, mit Beginn des Schuljahres 2008 / 2009 den Unterricht wieder am Standort Ellernweg stattfinden zu lassen. Dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen bedarf der verbindlichen Übereinkunft aller Beteiligten. Diese Übereinkunft sollte mindestens in Folgendem bestehen:

Erstens: alle halten an diesem Schulstandort als Gymnasium fest. Zweitens: die geprüften Bauplanungsunterlagen sind verbindliche Grundlage aller Baudurchführungsschritte. Drittens: dem Gymnasium werden ausreichende Möglichkeiten eingeräumt den Bau zu begleiten und Viertens: fachliche Zuständigkeiten werden nicht in Frage gestellt. Nun ist ja so, dass viele aus dem Bezirksamt 2001 bis 2006 heute nicht mehr im

Amte sind, so dass an dieser Stelle vielleicht noch mal kurz an einige Argumente der damaligen Entscheidungen erinnert sei. Leider spielen sich seit einigen Jahren im Ortsteil Johannisthal (und das nicht erst seit den NPD-Aufmärschen) starke Auseinandersetzungen mit rechtsextremen Gruppen und Gruppierungen ab. Baumaßnahmen des Landes, aber auch private Investitionen haben nicht nur positive Auswirkungen auf das soziale Klima und auf Lebens- und Wohnqualität im Ortsteil. Wir haben bei unseren damaligen Entscheidungen immer an mehr als an ein Schulgebäude gedacht. Wir hatten eine ganze Infrastruktur für Johannisthal im Blick. Dazu gehören nach wie vor die Jugendeinrichtung, die Parkanlage, das alte Rathaus mit zukünftiger Bibliothek, das Gymnasium, Einrichtungen der Agentur für Arbeit, der Landschaftspark mit Sportanlagen und Straßen.

Wir wollen ein Klima des Miteinanders, der Solidarität der Schule im Kiez die letztlich Ausstrahlung auf Kultur, Bildung und Lebensqualität über die Grundstücksgrenzen hinweg erzeugt. Das umzusetzen, dem fühle ich mich heute noch verpflichtet.



*Michael Schneider
Stellv. Bürgermeister
und Leiter der
Abteilung Umwelt,
Grün und Immobilien-
wirtschaft des
Bezirksamtes Treptow-
Köpenick*

Kurzmeldungen aus dem Stadtbezirk

Lärminderung

Die Region Ober- und Niederschöneweide sowie die Baumschulenstraße zwischen Köpenicker Landstraße und Sonnenallee gehören zu den ausgesuchten stadtweiten Problemgebieten mit hoher Lärmbelastung, die im Auftrag der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt- und Verbraucherschutz vertiefend untersucht werden. Die Ergebnisse sollen voraussichtlich im Herbst dieses Jahres veröffentlicht werden. Eine Arbeitsgruppe beim Stadtplanungsamt des Bezirkes erarbeitet Maßeempfehlungen, die für vergleichbare Stadträume gelten können.

Radfahren an der Kreuzung Elsen- und Kieffholzstraße

Während Radfahrer in der Kieffholzstraße bereits einen gesonderten Fahrradstreifen nutzen können, ist das Teilstück der Fahrbahn auf der Elsenstraße zwischen Kieffholzstraße und Straße am Treptower Park dafür

zu schmal. In der Höhe der Eisenbahnbrücke befindet sich in Richtung Treptower Park jedoch ein Bussonderstreifen, der für Fahrradfahrer frei ist. In der Elsenstraße wird durch die Verkehrslenkung Berlin eine vorgezogene Haltlinie angeordnet.

Anstieg der Arbeits- und Studienplätze in Adlershof

Im Jahr 2006 waren am Wissenschaftsstandort Adlershof 11.500 Mitarbeiter beschäftigt. Darüber hinaus sind derzeit rund 6.000 Studierende am Standort der Humboldt-Universität eingeschrieben. Die derzeitige Entwicklung lässt erwarten, dass durch Zuzüge von außen bis 2010 noch etwa 2.000 bis 2.500 Arbeitsplätze geschaffen werden, die Zahl der Studierenden sich bis dahin etwa nur um 500 verringern würde.

Rollheimer und Umweltprobleme

Über das Rollheimerdorf in der Wuhlheide lagen in den letzten Jahren beim Fachbereich Umweltschutz keine Beschwerden

durch Anwohner vor. Bisher fanden vierteljährlich gemeinsame Platzbegehungen seitens Liegenschaftsverwaltung, Sozial- und Gesundheitsamt sowie Umweltschutz statt. Ab Mitte dieses Jahres finden solche Kontrollen nur noch halbjährlich statt. Eventuelle andere Missstände wie Bauwagen- und Fahrzeugwracks oder Vermüllung herrenloser Stellplätze werden protokolliert und dem Vorstand des Rollheimerdorfes eine Auflage zur Beseitigung erteilt.

Straßenbahn im Wista-Gelände

Die positive Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Adlershof lässt die Wirtschaftlichkeit einer Straßenbahnstrecke bis 2015 erwarten. Aufgrund von aktuellen Untersuchungen, die zu diesem Ergebnis führten, hatte das Abgeordnetenhaus von Berlin den Senat im Juli aufgefordert, unverzüglich mit dem Bau der planfestgestellten Straßenbahnneustrecke zwischen Bahnhof und Wissenschaftsstadt Adlershof zu beginnen. Derzeit werden im Senat die erforderlichen Schritte abgestimmt.



Etwas gutes für die Gesellschaft tun

Auszeichnung für das Gebrüder-Montgolfier-Gymnasium

Das Gebrüder-Montgolfier-Gymnasium, das nächstes Jahr wieder nach Johannisthal zieht, zur Zeit aber im Norden des Bezirks in der Wildenbruchstraße untergebracht ist, wurde am 1. Oktober als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet. Pate für das Projekt ist Treptow-Köpenicks Bundestagsabgeordneter Gregor Gysi. Moritz Haake und Philipp Wohlfeil sprachen darüber mit Schülern der Klasse 9a, welche die Idee hatten und sie umsetzten.

Wie seid ihr auf die Idee gekommen, euch als „Schule ohne Rassismus“ zu bewerben?

Georg: Es begann alles in der Vorbereitung auf unsere Jugendweihe vor einem Jahr. Hierzu dachten wir, dass wir auch etwas Gutes für die Gesellschaft tun wollen und da kam die Mutter von Leonie auf uns zu und hat uns dieses Projekt vorgeschlagen. Wir waren alle spontan dafür und haben uns entschlossen, es durchzuführen.

Jedoch brauchten wir zunächst siebzig Prozent der Unterschriften aller Schüler und Lehrer der Schule, um den Titel überhaupt erhalten zu können.

Hierzu sind wir durch die Klassen gegangen, haben den Schülern das Projekt vorgestellt, mit ihnen geredet, Fragen beantwortet und die Unterschriften gesammelt. Das hat ganz gut geklappt, wir hatten siebzig Prozent erreicht. Vor einem Monat haben wir die Plakette in einer feierlichen Zeremonie erhalten.

Gab es auch andere Meinungen zur eurer Initiative? Gab es mal rassistische Vorfälle an der Schule?

Ulrike: Nein, eigentlich beides nicht. Die Resonanz war von allen Schülern gut, wir waren in allen Klassen und haben für Un-

terschriften geworben und viele gesammelt. Wir haben auch sehr unterschiedliche Nationalitäten hier an der Schule.

Was würdet ihr unternehmen, wenn Personen, die dem rechten Spektrum angehören, Propaganda-CDs verteilen?

Georg: Also es ist jetzt speziell noch nicht vorgekommen, aber ich persönlich würde mich nicht selber alleine gegen sie stellen, weil das ja sehr gefährlich ist. Ich würde vielleicht die Polizei einschalten, weil es ja verboten ist so was zu machen und mich auf jeden Fall an andere wenden und um Hilfe ersuchen, um mich dagegen einzusetzen.

Wie seid ihr auf die Idee gekommen, Gregor Gysi als Paten für euer Projekt auszuwählen?

Wir haben einen Westbeauftragten

„Woanders gibt es immer Ostbeauftragte, wir haben einen Westbeauftragten“, stellte sich Ulrich Maurer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Bundestag, Mitglied des Parteivorstandes und dort verantwortlich für den „Westaufbau“ bei der Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN in Johannistal vor.

Maurer erzählte über seine politische Karriere in der SPD, die, so Maurer, irgendwann eben nicht mehr sozialdemokratisch war. Sein Austritt 2005 nach 35 Jahren Mitgliedschaft hatte er sich nicht leicht gemacht, war aber nur konsequent. Er war dann eines der ersten Doppelmitglieder von WASG und PDS und kümmert sich jetzt intensiv um den Parteaufbau in den westlichen Bundesländern. „Das bedeutet: Ich lebe aus

Leonie: Er ist ja früher selbst auf unsere Schule gegangen und weil er auch Mitglied der Partei Die Linke ist. Wir fanden es sehr interessant, dass er bereit war, Pate zu werden. Meine Mutter hatte ihn gefragt. Er war sehr begeistert davon und erstaunt darüber, dass unsere Schule so ein Thema aufgegriffen hat. Wir haben ihn dann auch zur Verleihung der Plakette eingeladen.

Gibt es bestimmte Wünsche was die Zukunft eurer Schüler betrifft?

Leonie: Ja auf jeden Fall, dass unsere Schule an ihrem Standort erhalten bleibt, hoffentlich sehr lange und dass unser Projekt weitergegeben wird und nicht irgendwann in der Versenkung verschwindet. Dass es an die nächsten Klassen weitergeleitet wird.

Habt ihr denn Befürchtungen? Es gab ja einige Diskussionen wegen der Verzögerung des Bauvorhabens in Johannisthal und weil das Bezirksamt beschlossen hatte, hier keine siebten Klassen in diesem Schuljahr einzurichten.

Ulrike: Befürchtungen schon, aber wir machen sehr viel dafür, dass im nächsten Jahr neue siebte Klassen gebildet werden können. Wir haben eine Werbe-AG, die ihre Inhalte an verschiedenen Grundschulen vorstellt und für unsere Schule Werbung macht. Durch diese AG erhoffen wir uns natürlich, dass sich im nächsten Jahr viele interessierte Schüler hier anmelden.

Eure Schule hat immer viel Engagement beim Fest für „Demokratie in Schönevide“ gezeigt. Habt ihr euch denn dieses Jahr auch daran beteiligt?

Leonie: Wir hatten einen Stand, es wurden verschiedene Gruppen gebildet, viele Schüler waren dann beim Fest auch vor Ort und haben Werbung für die Schule und unser Projekt gemacht.

dem Koffer“ – stellte er seine jetzige Situation dar. Aber es lohnt sich: Derzeit hat die Linkspartei insgesamt 73.000 Mitglieder, davon 19.400 im Westteil des Landes. Und wie stellt er sich die neue Partei vor? „Ich will keine Einheitspartei, aber eine Partei“, bei aller Buntheit, die erst die Lebendigkeit, die Verwurzelung der Partei in vielen in Schichten und Gruppen der Bevölkerung ausmacht, so Maurer.

In der Debatte auf das Thema „Privatisierung“ angesprochen, hielt er die Förderung des Genossenschaftsgedankens für eine Alternative. „Wenn ich für eine sozial gerechte Gesellschaft kämpfe, kann ich nicht einfach nicht für Privatisierung kommunalen Eigentums sein“.

Edith Karge

Bezirken geht die Luft aus

Gespräch mit Uwe Doering



Ein Jahr ist die zweite rot-rote Koalition in Berlin nun alt. Wir sprachen mit dem parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE und Köpenicker Abgeordneten Uwe Doering zu den bisherigen Erfolgen.

Im Wahlkampf waren die Themen der LINKEN die Gemeinschaftsschule, der öffentliche Beschäftigungssektor und die Forderung keine weitere Privatisierung von öffentlichen Unternehmen. Was wurde erreicht?

Doering: Wir haben das Projekt öffentlicher Beschäftigungssektor angeschoben, die ersten Arbeitsverträge sind geschlossen. Auch das Thema Gemeinschaftsschule ist im

Werden. Und wir haben im Senat vereinbart, dass es im Bereich der öffentlichen Wohnungsbauunternehmen keine Verkäufe an „Heuschrecken“ geben darf. Wenn es erforderlich wird, Wohnungen zu verkaufen um Unternehmen wirtschaftlich abzusichern, dann geschieht das vorrangig an die Mieter oder notfalls an kleinere Wohnungsunternehmen und Genossenschaften. Auch der Erhalt der Sparkasse als solche konnte erreicht werden.

Welche weiteren Themen stehen für den Rest der Legislaturperiode noch an?

Doering: Zu den nächsten Aufgaben gehören die Neufassung des Personalvertretungsgesetzes und die Debatte um die Tarifeinmündersetzungs im öffentlichen Dienst. Vor allem aber geht es jetzt um die Zukunft der Bezirke. Vielen geht langsam die Luft aus. Wir müssen Mindeststandards im sozia-

len Bereich, bei Schule, Senioreneinrichtungen etc. definieren. Wir sind für das Politische Bezirksamt, aber es ist die Frage, worüber die Bezirksämter entscheiden sollen, wenn sie keine ausreichende finanzielle Ausstattung haben.

Ein weiterer Konflikt ist Tempelhof. Hier scheint die Auseinandersetzung nicht mehr um den Flughafen zu gehen sondern zu einem ideologischen Kampf der CDU gegen Rot-Rot zu werden. Und nicht vergessen werden darf, dass wir in Schönefeld versprochen haben, uns für die Anwohner in der Lärmschutz-Frage einzusetzen.

Und was gibt es aktuell?

Doering: Für November haben wir einen Antrag eingebracht, dass sich die Wohnungsbau-Gesellschaften des Landes an den Mietspiegel halten müssen. Gleichzeitig haben wir die Debatte aufgegriffen um neue Kriterien für den Mietspiegel 2009 zu erarbeiten. Lärmprobleme und energetische Ausstattung sollen künftig berücksichtigt werden.

Das Gespräch führte Karl Forster



mit Jan Korte, MdB DIE LINKE
Mitglied des Innenausschusses
und Datenschutzbeauftragter
der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

20. November 2007
um 18 Uhr »Gérard Philipe«,
Karl-Kunger-Straße 29, 12435 Berlin

Am Pult – Aus dem deutschen Bundestag

78 Prozent merken nichts vom Aufschwung

Gregor Gysi am 11. Oktober im Deutschen Bundestag in der Aussprache über die von Franz Müntefering abgegebene Regierungserklärung „Aufschwung, Teilhabe, Wohlstand - Chancen für den Arbeitsmarkt“

„Ihre These, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit Ergebnis von Agenda 2010, Hartz IV und der Arbeitsmarktreform ist, ist falsch. Schon ein Ökonomiestudent weiß nach dem ersten Semester, dass die Konjunktur entscheidend ist, nicht die Agenda 2010 oder Hartz IV. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit haben Sie umfassend Stellung genommen. Aber Sie müssten noch ein paar andere Tatsachen erwähnen, zum Beispiel dass die Hälfte der neuen Jobs Teilzeitjobs sind, dass

mehr als die Hälfte der neuen Jobs Mini- und Midi-Jobs mit kargen Löhnen sind und dass viele in Leiharbeit mit abenteuerlichen Löhnen sind. ...

Wenn man mehr Arbeit schaffen will, dann muss man über andere Dinge diskutieren. Dann müssen wir darüber diskutieren, dass wir Arbeitszeit zu verkürzen haben, um Arbeit gerechter zu verteilen. Aber Sie verlängern die Lebensarbeitszeit um zwei Jahre. Weit über 90 Prozent aller Arbeitslosen wünschen eine neue Erwerbsarbeit in Würde. Das ist auch ihr gutes Recht.

Lassen Sie mich nur noch darauf hinweisen, dass 1,2 Millionen Menschen geringfügige, lächerliche Löhne erhalten. Inzwischen

befinden sich 800 000 Beschäftigte in einem Leiharbeitsverhältnis das hat zumindest das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung festgestellt und arbeiten für unerträglich niedrige Löhne. Hinzu kommt, dass die Reallöhne in Deutschland um 6 Prozent gesunken sind. ...

Zum Schluss möchte ich noch auf etwas eingehen, was mich sehr geärgert hat. Man muss endlich den Mindestlohn für die Postbeschäftigten durchsetzen, wie Sie es angekündigt haben. Dies richtet sich aber gar nicht an die Adresse des Bundestages, sondern an die Tarifparteien. Ich muss wirklich sagen: Es ist ein starkes Stück, dass man Ende des Jahres 2007 für unterschiedliche Mindestlöhne der Beschäftigten der Post im Osten und im Westen sorgen möchte.

Die Kostenstruktur ist in ganz Deutschland gleich. Ich sage das auch in Richtung Verdi.“
(Der vollständige Wortlaut der Rede ist auf www.linksfraktion.de/mbd_gysi_reden.php zu finden)

Taktieren auf Kosten der Bürger ?

Ausbau der Nalepastrasse

Das Thema war schon einmal das Thema im Stadtplanungsausschusses der BVV (Bezirksverordnetenversammlung Treptow/Köpenick) aber auch in der AG Stadtplanung und Verkehr. Gerade jetzt beabsichtigt die Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und FDP zur BVV einen gemeinsamen Antrag zur Erschließung des Gewerbegebietes (ehemaliges Rundfunkgelände) nördlich der Nalepastrasse einzubringen. So positiv dieses Anliegen auch ist, muss der Sinneswandel der Drei schon verwundern. Erklärten diese Parteien noch bis vor kurzem, dass ohne einen durchgängigen Ausbau der Nalepastrasse gar kein Investor für das Gelände an der nördlichen Nalepastrasse zu finden sei. Nun gibt es doch einen Investor. Dieser benötigt für die Entwicklung des besagten Geländes keine durchgängig ausgebaute Nalepastrasse, sondern nur einen geringen Ausbau (von der Rummelsburger Straße bis in das ehemalige Rundfunkgelände hinein). Wer nun denkt, dass die Zählgemeinschaft damit von der Option eines später möglichen durchgängigen Ausbaus abrückt, der irrt gewaltig.

DIE LINKE. (damals noch als PDS) hat bereits im November 2004 mit Ihrem Antrag

„Kein Ausbau der Nalepastrasse“ den erforderlichen Antrag an die BVV gestellt. Damit wollte die Fraktion einen durch die Sozialdemokraten immer wieder forcierten Plan zum Ausbau der Nalepastrasse verhindern, wäre dieser doch verbunden mit starken Einschnitten für die Bewohner und das Kleingartengebiet zwischen dem ehemaligen Rundfunkgelände und dem Grenzweg. Also schon damals haben die genannten drei Parteien einen solchen Beschluss verhindert.

Und auch jetzt möchte die de facto vorhandene Zählgemeinschaft nicht von Ihren Plänen abrücken. Das ist auch genau der Grund, warum DIE LINKE. in der BVV den vorliegenden Antrag von SPD, CDU und FDP nicht unterstützen wird.

Um es noch einmal zu verdeutlichen, auch wir als Fraktion sind für eine bessere Anbindung der nördlichen Nalepastrasse. Aus unserer Sicht ist damit klar gestellt, dass die Behauptung des ehemaligen Baustadtrates Dr. Schmitz und der bekannten Zählgemeinschaft „Kein Investor ohne durchgehenden Ausbau der Nalepastrasse“ widerlegt ist.

Wir fordern deshalb alle demokratischen

Parteien in der BVV auf, sich - genau wie DIE LINKE. - für eine Beerdigung von großen Ausbauplänen der Nalepastrasse bis hin zum Grenzweg einzusetzen. Wir werden als Linke auf alle Fälle um Mehrheiten für unsere Position kämpfen. Die da heißt: Bessere Erschließung des ehemaligen Rundfunkgeländes „Ja“, aber kein Weiterbau der Nalepastrasse bis zum Grenzweg! Durch den Bau der Südostverbindung mit Anbindung an die Rummelsdorfer Landstrasse ist das Gelände ausreichend gut erschlossen. Im Übrigen: dieser Auffassung widerspricht auch nicht der Investor.

*Udo Franke,
stellvertretender Fraktionsvorsitzender*

Schnellste Frau auf dem Eis

Eisschnellläuferin Jenny Wolf aus Friedrichshagen hat zum Auftakt der Deutschen Eisschnelllauf-Meisterschaften in Erfurt das Prestigeduell gegen Anni Friesinger für sich entschieden und ihren insgesamt achten nationalen Titel erkämpft. Erst eine Woche vorher hatte die Literaturstudentin ihre Magisterarbeit zum Thema „der Nationalsozialismus in der Kinder- und Jugendliteratur“ abgegeben. Das blättchen gratuliert der „schnellsten Frau auf dem Eis“ zu beiden Leistungen.

Drum prüfe, ob...

Vermieter können Grundmiete nicht beliebig erhöhen.

Nach Schätzung des Deutschen Mieterbundes sind mehr als 100.000 Mieterhöhungen pro Jahr falsch, unzulässig oder unbegründet. Darum sollten Mieter Mieterhöhungen genauestens prüfen.

Der im Sommer veröffentlichte Berliner Mietspiegel 2007 hat und wird wieder für viele Vermieter Anlass geben, Mieterhöhungen zu versenden. Er spiegelt die im Oktober 2006 gezahlten Mieten der freifinanzierter Wohnungen in der Stadt wider. Knapp 8000 mittels Mieter- und Vermieterbefragung neu erhobene Datensätze sind in die Mietspiegeltabelle eingeflossen. Auch diesmal sind wieder mehr Zuarbeiten von den Vermietern als von den Mietern eingegangen. Das Ergebnis eine leider auch wieder durch die Anwendung der 4/5 Spanne ein im Durchschnitt sechsprozentige Mietsteigerung. Trotzdem: Der Vermieter kann die vertraglich vereinbarte Grundmiete nicht nach Belieben erhöhen. Er muss vorher die Zustimmung des Mieters einholen. Er kann sie aber nur für die Erhöhung der Grundmiete verlangen, wenn

1. die Einjahressperrfrist eingehalten,

Das Mieterhöhungsverlangen kann frühestens ein Jahr nach der letzten Mieterhöhung geltend gemacht werden. Das heißt dass die letzte Miete mindestens 15 Monate unverändert gewesen sein muss.

2. die Kappungsgrenze beachtet,

Die Miete darf innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren nur um 20 Prozent steigen. Die örtliche Vergleichsmiete darf nicht überschritten werden, das heißt also nicht, dass die Miete alle drei Jahre um 20 Prozent steigen darf. Die örtliche Vergleichsmiete ist immer die Obergrenze.

3. das Mieterhöhungsverlangen begründet

Der Vermieter muss genau erläutern, warum die Mieterhöhung erfolgt. Es gibt verschiedene Begründungsmittel für den Vermieter, den Mietspiegel, die Mietdatenbank nach § 558 e BGB, ein Gutachten Sachverständigen oder das Benennen von drei Vergleichswohnungen, beifügen. In Berlin ist das meistens der Mietspiegel. Fehlt die Begründung

für die Mieterhöhung oder ist sie unvollständig, dann ist die gesamte Mieterhöhung unwirksam

4. die örtliche Vergleichsmiete nicht überschritten wird.

Der Qualifizierte Berliner Mietspiegel wird in den meisten Fällen von den Gerichten als Beweismittel für die örtliche Vergleichsmiete anerkannt.

Daraus erwächst für den Mietspiegel eine große praktische Bedeutung für Vermieter und für den Mieter. Der Umgang mit dem Mietspiegel das Lesen des Mietspiegels und die Bestimmung der eigenen Miete will gelernt sein. Die Mietervereine und Mieterbeiräte helfen dabei gern.

Auf einer Veranstaltung der AG Wohnen und Mieten wurde erneut deutlich, dass die Kenntnisse über Entstehung, aber gerade auch über die Anwendung des Mietspiegels weiter vertieft werden müssen. Anders lässt sich die Forderung eines Bezirksvorstandsmitgliedes nach dessen Abschaffung nicht erklären.

Denn der schlechteste Mietspiegel gibt auch für Mieter mehr Rechtssicherheit und Transparenz der Mieten als KEIN Mietspiegel.

Rita Rohrbruch



Auf der neuen Internetplattform ist auch das „blättchen“ als Datei abrufbar.

www.dielinke-treptow-koepenick.de

www.dielinke-treptow-Koepenick.de, so lautet unsere Anschrift im weltweiten Netz der Datenautobahnen. Von Tokio, New York oder in Sydney aus kann jeder beobachten, wie sich DIE LINKE in Berlin Treptow-Köpenick unter dieser Adresse entfaltet. Die anfängliche Euphorie vieler Menschen über den weltweiten Austausch von Informationen durch elektronische Medien war der Faszination der schnellen Überwindung großer Distanzen geschuldet, die für jeden mit einem Anschluss an das Datennetz möglich ist. Vermutlich ist die Zahl derjenigen, die sich über solch große Distanzen hinweg für uns interessieren gering. Für uns interessant ist die Zahl derjenigen in unserem Bezirk, die mehr über DIE LINKE, ihre Ziele, ihre Aktivitäten und ihre Politik in der Bezirksverord-

netenversammlung erfahren möchten. Vor Hamburg nimmt Berlin mit 55% regelmäßigen Internetnutzern den Spitzenplatz ein. Die Arbeitsgemeinschaft Online Forschung AGOF e.V. gibt den Anteil der verschiedenen Altersgruppen wie folgt an: Spitzenplatz bei den Nutzungsarten nimmt mit 86,1% das Versenden und Empfangen von E-Mail-Nachrichten ein, auf Platz 2 liegt mit 85,9% die Suche in Webkatalogen und Suchmaschinen und direkt danach kommt mit 61,2% der Nutzung die Information über Nachrichten des Weltgeschehens. Nach Online-Shopping und Online-Banking werden durch 50% der Nutzungen regionale oder lokale Nachrichten abgerufen. Mit der Darstellung der LINKEN von Treptow-Köpenick im Internet können wir ande-

Lärmschutzmaßnahmen

Die BVV Fraktion DIE LINKE hat dem Bezirksamt Treptow-Köpenick empfohlen, sich dafür einzusetzen, dass die Anwohnerinnen und Anwohner der Bahnstrecke Berlin-Ostbahnhof - Erkner, Ortslage Friedrichshagen, vor zusätzlichen Erschütterungen und zusätzlichem Lärm, verursacht durch die kürzlich erfolgte Sanierung der Bahnstrecke in diesem Bereich, durch aktive und passive Maßnahmen geschützt werden. Durch die Sanierung wurden erheblich höhere Geschwindigkeiten der Regional-, Fern- und Güterzüge ermöglicht. Damit verbunden ist eine ebenfalls erhebliche Lärmsteigerung, welche die Werte, ab denen Lärmschutzmaßnahmen erforderlich werden, übersteigt.

Leserbrief

Zum Artikel im blättchen 131 „War die DDR antisemitisch?“ schrieb uns unsere Leserin Ursel Hedemann:

„Wieder wurde mit keinem Wort das Tagebuch der Anne Frank erwähnt. In unserem Haus Skuckstr. 12 wohnte 1954 das Ehepaar Gabelin. Frau Hella Gabelin war Jüdin und eine Vertraute von Anne Frank. Sie gab mir das neu gedruckte Tagebuch der Anne Frank. Das wurde damals im Deutschen Theater aufgeführt und hat uns sehr erschüttert. Anne wurde von einer jungen Tschechin gespielt. Frau Gabelin meinte noch, die kleine Tschechin sei ein wenig zu derb für die „Anne“. Es muss so um 1956 gewesen sein. Ich war allein mit großer Familie. Wir gingen gern ins Theater.“

re Personengruppen als durch das „blättchen“ erreichen, die Webseite ist als eine Erweiterung unsere Kommunikationskanäle und nicht als Ersatz für das „blättchen“ zu verstehen. Gewinnen lassen sich mit der Internetdarstellung in einem ersten Schritt neue Leserinnen und Lesern unserer Informationen. In einem zweiten Schritt werden hoffentlich einige, nachdem sie neugierig geworden sind, zu uns direkten Kontakt aufnehmen.

Aus diesem Grunde ist es mir besonders wichtig, dass wir nicht nur inhaltlich, sondern auch persönlich „Gesicht“ zeigen und dadurch die Hemmschwelle zur persönlichen Kontaktaufnahme zur LINKEN verringern.

Die interessante und aktuelle Gestaltung unserer Bezirksseite bedeutet viel Arbeit. Neben meiner Berufstätigkeit und anderen Aufgaben ist es mir allein nicht möglich, an allen Veranstaltungen und Ereignissen teilzunehmen, um zumindest von einer Auswahl zu berichten. Auch ist es mir allein nicht möglich, die verschiedenen in den Ortsteilen wichtigen Themen zu verfolgen, um den Stand von aktuellen Debatten wiederzugeben. Ich habe mich zur technischen Betreuung verpflichtet, für die inhaltliche Gestaltung ist eine Redaktionsgruppe erforderlich. Natürlich werde ich mich an ihrem Aufbau beteiligen und hoffe, dass sich möglichst bald hierfür weitere Interessenten bei mir oder dem Vorstand melden.

Langweilige, veraltete Seiten sind eine fast noch schlechtere Eigenwerbung als gar keine Internetdarstellung. Es ist noch viel zu tun, also lasst uns damit beginnen, dass wir neue Mitstreiter und Wähler gewinnen und die Politik der LINKEN in Treptow-Köpenick voran bringen können.

*Sigrun Merkle,
Stellvertretende Bezirksvorsitzende
DIE LINKE Treptow-Köpenick*

Bürgersprechstunden

Mittwoch 21. November 17 - 18.30 Uhr,
im Bürgerzentrum Altglienicke, Ortofstr.,
Mit Uwe Doering, MdA.

Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28,
12439 Berlin
Tel.: 030-63 22 43 57
Fax: 030-63 22 43 58

nächste Sprechstunde

am Di. 20. November
und Di. 18. Dezember
in der Zeit von
14.00 - 17.00 Uhr
Anmeldung erbeten



Sie haben ein Gesicht.

Zum 9. November 1938.

Am 27. Januar 2005 wurde am ehemaligen Jüdischen Altersheim in der Mahlsdorfer Straße 94 eine Gedenktafel für die von dort aus deportierten Insassen eingeweiht.

Die Anbringung der Gedenktafel ist der Initiative des Köpenicker Arztes Dr. Zimmering und dem Bund der Antifaschisten Köpenick zu verdanken. Dr. Zimmering hat eine ganz persönliche Bindung zu diesem Ort. Wurde doch von hier sein Großvater Leopold Lindemann am 8.9.1942 nach Theresienstadt deportiert und umgebracht.

Kurze Zeit nach dieser Veranstaltung erreichte Hanna Wichmann vom Bund der Antifaschisten eine Anfrage aus den USA, ob wir etwas über ein Ehepaar Saloschin wissen? Per Internet wurden Aktivitäten des Bundes der Antifaschisten im fernen Sacramento/USA registriert. Frau Susanne Sommer war auf den Spuren ihrer Großeltern Rosa und Hans Saloschin.



Susanne Sommer, Enkelin des Ehepaars Saloschin, mit ihrem Partner vor der Gedenktafel am ehemaligen jüdischen Altersheim Mahlsdorfer Straße

Als ihre Mutter vor einigen Jahren starb und ihr die Aufgabe zufiel, den Haushalt aufzulösen, fielen ihr aus Koffern und Kisten Familienbriefe in die Hände, die die ihr bisher verborgene Familiengeschichte enthielten. 1939, als sie zwei Jahre alt, war gelang es ihren Eltern, mit Hilfe amerikanischer Ver-

wandte, nach den Philippinen zu entkommen. Zurück blieben die Großeltern, viele Verwandte und Freunde. Keiner von ihnen überlebte die Nazizeit.



Rosa und Hans Saloschin

Im Mai 2005 besuchte Frau Sommer und ihr Lebensgefährte Köpenick, das Altersheim und die Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche. Hanna Wichmann, Carlos Leonhardt vom Interkulturellen Garten als Dolmetscher und ich zeigten ihr das ehemalige jüdische Altersheim, sowie die Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche und Köpenick.

Frau Sommer und ihr Lebensgefährte zeigten sich beeindruckt von den Aktivitäten des Bundes der Antifaschisten und der Aktion Stolpersteine.

Frau Sommer betonte immer wieder, dass es ihr nicht leicht gefallen ist nach Deutschland zu kommen. Aber nun konnte sie die Stätten, die sie nur aus Briefen kannte, in Augenschein nehmen.

Ein Jahr später kam Frau Sommer wieder nach Köpenick. Diesmal in Begleitung ihrer Kinder und Enkelkinder. Jetzt will das „Simon Wiesenthal Center“ in Los Angeles einen Film mit Frau Sommer und anderen Leidensgefährten drehen.

Gemeinsam konnten wir das Schicksal ihrer Großeltern Rosa und Hans Saloschin erhellten.

Die Eltern ihrer Mutter, Hans und Rosa Saloschin, 68 und 63 jährig, (s. Foto) lebten

von 1940 bis zu ihrer Deportation am 6.7.1942 im Jüdischen Alterheim in Köpenick.

Von 1907 bis 1938 wohnten Saloschins in der Saarbrücker Straße 8/9 im Prenzlauer Berg. Dort betrieb Frau Saloschin über Jahrzehnte den Handtuchverleih „Patent“.

Herr Saloschin arbeitete Jahrzehnte in seiner früheren Lehrfirma Friedländer & Maass.

Am 9. November 1938 wurde ihre Wohnung von Nazis demoliert. Der Anführer der Randalierer, der Sohn des Hausbesitzers, verhinderte Schlimmeres. Wahrscheinlich hatte er Sorge um die Wohnung, dem Eigentum seiner Eltern.

Einige Tage später erreichte Saloschins die Wohnungskündigung. Nach 33 Jahren musste sie schlagartig ihre 5 Zimmer – Wohnung aufgeben. Mit den Ehebetten ihres Schlafzimmers, den Nachtschränken und einer Couch fanden sie, unter Einzahlung ihres Vermögens ein Zimmer in einem jüdischen Heim in der Auguststr. 14.

Als Saloschins sich am 1. April 1941 entschlossen im Köpenicker Heim ein Zimmer zu beziehen, hatten sie nicht bedacht, dass sich dadurch ihre Verbindungen, zu den in Mitte und Prenzlauer Berg lebenden Verwandten und Bekannten erschweren würden. Seit dem 13. September 1941 durften Juden öffentliche Verkehrsmittel nur auf den Wegen von und zur Arbeit benutzen.

Am 17. Juni 1942 mussten die Eheleute in Vorbereitung ihrer Deportation ihre Vermögenserklärung ausfüllen. Der Erklärung ist zu entnehmen, dass die gemeinsame monatliche Rente von 56.- RM für die Heimverpflegung abgeführt werden musste.

Am 4. Juli 1942 befanden sich Saloschins bereits im Sammellager der Gestapo in der Großen Hamburger Str. 26. Von dort aus wurden sie am 6.7.1942 mit 98 weiteren Juden nach Theresienstadt deportiert, um dann in Minsk ermordet zu werden.

Die letzte Nachricht:

„Hoffen Euch gesund wie wir. Doras Berichte erfreuten. Unser Adressenwechsel noch unbestimmt. Hanna, Lucie unterrichten. Betty, Adolf Segall, Paul Bohem verstorben. Steins fortgezogen.“

Gerd Lüdersdorf

Hans Israel Saloschin, Vater
Berlin-Kopenick, Mahldorsferstrasse 94

Frau Marga Grunwald
1831 T. Street
Sacramento, California

Hoffen Euch gesund wie wir. Doras Berichte erfreuten. Unser Adressenwechsel noch unbestimmt. Hanna, Lucie unterrichten. Betty, Adolf Segall, Paul Bohem verstorben. Steins Fortgezogen.

1 Mai 1942.

Güsse Eltern.

Hans Israel Saloschin.

Wir gratulieren

im November zum Geburtstag

- 97. Meta Ortlepp
- 95. Ingeborg Hänisch, Hildegard Vogel
- 94. Helga Trabant
- 92. Charlotte Born, Elfriede Gerold
- 91. Hildegard Glaser, Ursula Möhrcke, Elisabeth Schwenkenbecher
- 90. Wilhelm Krause

- 85. Elfriede Kassner, Herbert Bickel, Herbert Bernhardt
- 80. Eva Ciecior, Elisabeth Hübner, Eva Wokeck, Erika Ziegler, Heinz Eichler, Hermann Sachse
- 75. Anita Roloff, Ingeborg Stark, Friedrich Kreuzburg, Andreas Jung, Fritz Käseberg, Hans-Werner Schaack



TERMINE NOVEMBER / DEZEMBER

Antirassistische Demo

anlässlich des 15. Jahrestages der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl am Sonntag, 4. November, 16 Uhr vom S-Bhf. Spindlersfeld zum Abschiebeknast Grünau

- SA 03.11. 10:30** Polit. Frühschoppen der LINKEN Spindlersfeld mit Ernst Welters: Wie grün muss DIE LINKE sein? Gaststätte „Zur Tankstelle“, Oberspreestrasse
- MO 05.11. 17:00** Basistreffen/Beratung der BO-Vorsitzenden, Rathaus Köpenick
- DI 06.11. 18:30** Beratung des Bezirksvorstandes DIE LINKE, Allendeweg 1
- MO 12.11. 15:00** Beratung der AG Seniorenpolitik beim Bezirksvorstand DIE LINKE in der Geschäftsstelle Brückenstr. 28, Gäste wie immer herzlich willkommen
- MO 12.11. 19:00** DIE LINKE Bohnsdorf lädt zur Bürgerversammlung in die Kulturküche, Dahmestraße 33 ein: „Auswirkungen des Berliner Mietspiegels 2007“ und „Was wird aus der 9.Realschule in der Dahmestraße?“
- DO 15.11. 18:00** Wie kann DIE LINKE ihre politischen Ziele im Berliner Haushalt durchsetzen? Diskussionsveranstaltung der LINKEN Adlershof mit Carl Wechselberg, MdA, Michael Schneider, stellv. Bezirksbürgermeister, und Katharina Weise, MdBVV, Kulturzentrum Alte Schule, Dörfeldstr.
- DO 15.11. 18:30** Sahra Wagenknecht spricht über ihre Arbeit im Wirtschaftsausschuss des Europaparlaments und über aktuelle wirtschaftliche Themen. Großer Saal der Jugendfreizeitstätte des Altglienicker Bürgerzentrums, Ortofst. 182-184
- DI 20.11. 18:30** Beratung des Bezirksvorstandes DIE LINKE, Brückenstr. 28
- FR 23.11. 10:00** AG Politische Bildung, Allendeweg 1

- MI 28.11. 18:30** Neue Linke – neuer Schwung auch für den Osten? Diskussionsveranstaltung der AG Politische Bildung mit Ulrich Maurer, MdB
- SA 01.12. 10:30** Frühschoppen der LINKEN Spindlersfeld zum Jahresausklang mit Günter Herlt
- DI 04.12. 18:30** Beratung des Bezirksvorstandes DIE LINKE, Allendeweg 1

Basistreffen am 3. Dezember, 17:00 Uhr, Rathaus Treptow (In Vorbereitung)

Das heutige Russland und das neue Selbstbewußtsein Moskaus

Mit Wolfgang Grabowski, ehem. Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau

Ausstellung Zwangsarbeit verlängert

Verlängert bis zum 18. November ist die Ausstellung „Erinnerung bewahren. Sklaven- und Zwangsarbeiter des Dritten Reiches aus Polen 1939-1945“ im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Schöneweide, Britzer Str. 5. Am Donnerstag, 8.11, findet dort um 19 Uhr ein Vortrag von Dr. Kim Christian Priemel, Frankfurt/Oder zum Thema „Zwangsarbeit im Flick-Konzern im Zweiten Weltkrieg“ statt.

Termine für den blättchen-Kalender

bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: petra.reichardt@pds-berlin.de

Termine der BVV-Fraktion

Fraktionssitzungen:

Montag 12.11., 19.11. und 3.12. jeweils 19.00
Raum 205 Rathaus Treptow

BVV-Sitzung:

Donnerstag 22.11., 16.30,
Großer Saal, Rathaus Treptow

Öffentliche Ausschuss-Sitzungen

Sport:	14.11.07
Schulentwicklung:	15.11.07
Stadtplanung und Verkehr:	28.11.07
Jugendhilfe:	28.11.07
Gesundheit und Soziales:	28.11.07
Kultur, Wirtschaft und Tourismus:	29.11.07
Bildung und Bürgerdienste:	29.11.07
Umwelt, Grün & Immobilienwirtschaft:	29.11.07

jeweils um 18.00 Uhr

KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792
E-Mail: pds-koepenick@t-online.de

Öffnungszeiten:

Montag	nach Vereinbarung,
Dienstag	von 10.00 bis 18.00 Uhr,
Mittwoch	von 13.00 bis 16.00 Uhr,
Donnerstag	von 10.00 bis 16.00 Uhr,
Freitag	von 10.00 bis 13.00 Uhr.

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 6310 4241

Öffnungszeiten:

Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr,

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon/Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 6172 4161

mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

Sprechstunden jeden

Montag	von 15.00 bis 18.00 Uhr,
Dienstag	von 12.00 bis 17.00 Uhr,
Donnerstag	von 15.00 bis 18.00 Uhr.

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63224357, Fax (030) 63224358

Sprechzeiten

Montag	von 13.00 bis 16.30 Uhr
Mittwoch	von 13.00 bis 16.30 Uhr

Das „blättchen“ braucht Eure/Ihre Spende!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Wir bedanken uns für alle Spenden und bitten weiter um Unterstützung, per Überweisung, unter: *Empfänger:* Die Linkspartei.PDS - LV Berlin, *Konto:* 438 481 6800 *BLZ:* 100 200 00 Berliner Bank AG, *Verwendung* 810-502 oder direkt in beiden Geschäftsstellen. **Vielen Dank!**

IMPRESSUM

Das »blättchen« wird aus Spenden finanziert.
Herausgeber: Bezirksvorstand und BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
V.i.S.d.P.: Karl Forster
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Postanschrift: DIE LINKE. Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Brückenstr. 28, 12439 Berlin. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist. *Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!*
Satz: ansichtssache - Büro für Gestaltung
Redaktionsschluss: 24. Oktober 2007
Ausgabebetrag »blättchen« 134: 6. Dezember 2007
Termine und Texte für »blättchen 134« bitte bis zum 26. November 2007 an die Redaktion einsenden.